

Plötzlich 5.000 Fahrten weniger

Eine neue Untersuchung setzt die Verkehrszahl auf der B 513 deutlich niedriger als vor zweieinhalb Jahren an. Das entspannt die Lage, findet die Stadt.

Ludger Osterkamp

Gütersloh. Die Bundesstraße 513 (Marienfelder Straße) ist in der Lage, den zusätzlichen Verkehr, den das neue Gewerbegebiet gegenüber der Flughafenkaserne auslöst, zu verkraften. Das geht aus einem neuen Gutachten hervor. Die Zahlen fallen gegenüber einer Erhebung im Juni 2020 deutlich niedriger aus und veranlassen die Stadt Gütersloh, die seinerzeit „beschriebene angespannte Gesamtverkehrssituation geringfügig zu relativieren“.

Die Aussage findet sich in Unterlagen, die den Fraktionen im Planungsausschuss vorliegen. Sie fußt auf einer Neuberechnung der Verkehrszahlen und einer ganztägigen Verkehrszählung im Spätsommer vergangenen Jahres. Demnach sinkt die erwartete Zahl der Fahrten gegenüber der vorigen Untersuchung um eine stattliche Größenordnung: um 4.000 bis 6.000 Fahrten pro Tag. Das ist rund ein Drittel weniger als bislang angenommen.

Die Gutachter erklären diesen Unterschied zu einem wesentlichen Teil damit, dass bei der Untersuchung im Juni 2020 nur die Werkzeuge betrachtet wurden. Die neuen Daten umfassen hingegen auch die Wochenenden und Feiertage. Die Zahlen seien demnach nur bedingt vergleichbar. Gleichwohl seien sie auch über diese rein rechnerische Betrachtungsweise hinaus gesunken.

Denn: Die tatsächlichen Verkehrszahlen, gemessen an sechs Streckenabschnitten, seien im Vergleich zu 2020 erheblich niedriger. „Gründe dafür“, so heißt es in den Unterlagen, „können unter anderem auch im Lückenschluss der A 33 oder der Coronapandemie mit der Zunahme von Homeoffice zu finden sein.“ Indes: Die Lücke auf der Autobahn wurde schon 2019 geschlossen, und der Covid-Virus grassierte auch 2020 schon.

Wie auch immer: Die Stadt schreibt, sie halte die neuen Zahlen für „nachvollziehbar“, ebenso wie die Aussagen und



Freigeräumt für Firmen: Bauflächen im gesicherten Gewerbegebiet auf der nördlichen Seite der Marienfelder Straße. Rechts: eines der vier Fleidermausquartiere in dem Gebiet.

Foto: Andreas Frücht

Annahmen, die sich daraus ergeben. Im Fall des neuen Gewerbegebietes nördlich der B 513 (auf dem Gebiet der ehemaligen Parsevalsiedlung, der Sportplätze und auf Flächen beidseitig des Nottebrocksweges) bedeute das, der Verkehr lasse sich auf den bestehenden Straßen abwickeln.

Trotz Politiker-Appellen: Städte planen Verzicht auf Parkhaus

Rund 34 Hektar umfasst die Fläche dieses Gebietes, sie liegen teils auf Gütersloher, teils auf Harsewinkeler Terrain; etwa 18 davon sind netto als Gewerbefläche nutzbar. Die beiden Städte treiben die Umsetzung voran, aktuell mit einer Änderung des regionalen Flächennutzungsplanes und der

jeweiligen örtlichen Bebauungspläne. Die Gütersloher Politiker sollen die inzwischen detaillierten Entwürfe Mitte des Monats zur Auslegung freigeben, ihre Harsewinkeler Kollegen folgen in Kürze.

Verzichten wollen die beiden Kommunen auf den Bau eines Parkhauses. Zwar sei das flächensparend, aber innerhalb des Gebietes sei das nicht zugunsten der Natur, so das Argument. Die gewonnene Fläche würde vielmehr ebenfalls für eine Firmennutzung überplant, denn es stünden damit weitere Quadratmeter zur Verfügung, um die zulässige Grundflächenzahl (GRZ) auszuschnöpfen. Man könne zwar die GRZ senken, aber das sei nicht im Sinne eines sparsamen Umgangs mit dem Gut Boden. Ein Parkhaus habe somit eher auf gesamtstädtischer Ebene einen Effekt, nicht

aber in einem konkreten Planungsgebiet. Innerhalb eines solchen Gebietes sinke der Grad an Versiegelung durch ein Parkhaus nicht, er werde eventuell sogar höher. Ebenerdige Stellplätze könne man immerhin sicherer gestalten und durch Bäume verschatten.

Ob sich diese Sichtweise mit den wiederholten Appellen von Ratsfraktionen verträgt, wird sich zeigen. Vertreter verschiedener Fraktionen hatten oft gemahnt, Flächenressourcen zu schonen und die Parkflächen in neuen Gewerbegebieten möglichst knapp zu halten. Die Stadtverwaltung argumentiert jedoch, das Gewerbegebiet sei mit 18 Hektar „relativ kleinflächig“. Es sei noch nicht bekannt, welche Betriebe sich ansiedeln und welchen Stellplatzbedarf sie haben werden. Zudem seien Unternehmen dynamisch in ihrer Entwicklung,

das führe mal zu hohem, mal zu niedrigem Bedarf. „Ein relativ statisches Parkhaus kann hier nur ungenügend und verbunden mit sehr großen wirtschaftlichen Risiken auf diese Veränderungen reagieren“, heißt es. Das gelte auch für eine Modulbauweise. Zudem bestehe das Risiko, dass statt im Parkhaus „wild“ geparkt werde, „was wiederum entsprechende Regelungen, Vorkahrungen, Kontrollen und Sanktionen erfordern würde“.

Daher werde in diesem Einzelfall auf eine rechtliche Vorgabe für Gemeinschaftsstellplätze oder -garagen verzichtet, so die Stadt. Auf der südlichen Seite der B 513 mit den geplanten knapp 100 Hektar Gewerbefläche sei die Sachlage eine andere. Dort werde die Fragestellung neu bewertet.